Antragsbereich MAT / Antrag 9/II/2022

AntragstellerInnen: AsF München

9/II/2022: Frauen verdienen alles – Gleichstellung endlich umsetzen

1 Echte Gleichstellung von Frauen und Männern ist Kern sozialdemokratischer
2 Politik. Sie ist in allen gesellschaftlichen Feldern eine dringende Notwendigkeit
3 und leider nach wie vor nicht verwirklicht. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene
4 konnten einige Erfolge erzielt werden – aber gerade in Bayern ist es umso wichti-
5 ger, dass wir Sozialdemokrat:innen uns dafür einsetzen, die durch die Pandemie
6 verstärkten traditionellen Rollenbilder zu überwinden.

7

8 Dafür fordern wir

9

10 - gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine stärkere Wertschätzung typisch
11 weiblicher Berufsbilder

12

13 - gleiche Karrierechancen

14

15 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

16

17 - Bekämpfung von Gewalt an Frauen

18

19 - Geschlechtergerechte Haushalte und Planungen

20

21 - frauengerechte Gesundheitsforschung

22

23 - Parität in den Parlamenten

24

25 - die Überwindung von Altersarmut

26

27 Wir brauchen **gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Karrierechancen** für
28 Frauen. In der Arbeitswelt werden Frauen bei Gehalt und Karriere benachteiligt.
29 Frauen verdienen in Bayern etwa 22 Prozent weniger als Männer. Ihr Anteil im
30 Niedriglohnsektor und in Minijobs ist überproportional, sie arbeiten in schlechter
31 bezahlten Branchen. Dies wollen wir ändern, wertvolle Arbeit wie Pflege und
32 Erziehung besser bezahlen und die Lohnlücke schließen. Die auf Bundesebene
33 beschlossenen 12 Euro Mindestlohn sind hier ein erster Schritt, gleiches gilt für
34 die Quote in Führungspositionen.

35

36 Die Anhebung der Verdienstgrenze bei Minijobs sehen wir dagegen sehr kritisch

37 und teilen die Befürchtung, dass vor allem Frauen verstärkt in die Teilzeitfalle
38 geraten und keine Sozialversicherungsansprüche erwerben. Arbeitgeber sind
39 hier in die Verantwortung zu nehmen, sie übernehmen in Zukunft die gesamten
40 Sozialversicherungsbeiträge, auch um der Altersarmut bei Frauen vorzubeugen.
41 Minijobs stellen wir insgesamt auf den Prüfstand. Gleichzeitig setzt sich die
42 BayernSPD dafür ein, das Ehegattensplitting gänzlich abzulösen, hier werden
43 ein überkommenes Rollenbild und eine Verdienstruktur gefördert, die meist
44 Frauen in materielle Abhängigkeit oder Altersarmut führen. Wir wollen weg vom
45 ehezentrierten Familienbegriff und bei der steuerlichen Unterstützung andere
46 Merkmale in den Fokus rücken, beispielsweise die Versorgung von Kindern.
47 Wir fordern eine Reform des aktuellen Scheidungsrechts: Männer müssen im
48 Scheidungsfall bei einer ungleichen Verteilung von Care- und Erwerbsarbeit das
49 Armutsrisiko stärker mittragen.

50

51 Der Öffentliche Dienst hat Vorbildfunktion: Wir werden Führungspositionen,
52 Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe paritätisch besetzen. Für
53 die Kommunen werden wir dies ebenfalls soweit möglich auf den Weg bringen.

54

55 An den Hochschulen streben wir einen Frauenanteil von 50 Prozent der Professu-
56 ren an. Mit einer Verankerung von Zielquoten bei Promotionen und Habilitationen
57 werden wir den Frauenanteil in diesem Bereich deutlich erhöhen.

58

59 In Schule und Hochschule wollen wir Frauen für den MINT-Bereich gewinnen. Der
60 Dritte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung macht auch deutlich, dass
61 wir im Bereich der Digitalisierung Gleichstellung dringend verbessern müssen.
62 Der Digital Gender Gap muss aufgelöst werden, Frauen sollen in der Digitalisie-
63 rung verstärkt Fuß fassen und die Möglichkeiten der Digitalisierung mehr nutzen.

64

65 In München schaffen wir anonymisierte Bewerbungsverfahren im gesamten
66 Einflussbereich der Kommune, um Diskriminierungen vorzubeugen.

67

68 **Für Familie braucht man Zeit – Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist überfällig.**

69 Eine gleichere Verteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit zwischen den
70 Geschlechtern sorgt hier für Gerechtigkeit. Denn: Meist übernehmen Frauen die
71 Familienfürsorgeaufgaben und treten dafür entweder im Job kürzer und/oder
72 nehmen in Kauf, auf eigene Erholungszeiten zu verzichten. Gerade in Zeiten
73 der Pandemie haben wir gesehen, dass sich alte Rollenbilder wieder festigen:
74 Meist waren es die Frauen, die noch mehr unbezahlte Sorgearbeit (Betreuung,
75 Beschulung) übernommen haben und ihre Arbeitszeit reduziert haben. Es wurde
76 deutlich, was wir schon lange fordern: Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit
77 und Familie bildet die Grundvoraussetzung für gleiche Teilhabe. Um die Familien-
78 fürsorge partnerschaftlich zu teilen, fordern wir 30 Stunden Regelarbeitszeit und
79 flexiblere Arbeitszeitmodelle. Das ermöglicht Vätern und Müttern gemeinsam,

80 ihre Kinder zu erziehen, den Haushalt zu managen oder Angehörige zu pflegen
81 und gleichzeitig den Anschluss im Beruf zu halten und sich weiterzuentwickeln.
82 Homeoffice, flexible Arbeitszeitmodelle und Führungspositionen in Teilzeit
83 müssen in den Betrieben und Unternehmen und auch im Öffentlichen Dienst zur
84 Regel werden. Die von der Bundesregierung zugesicherten bezahlte Freistellung
85 der Partner um die Geburt und die Modernisierung des Familienrechts sind ein
86 erster Schritt zu echter Gleichstellung. Gleichzeitig werden wir auf Bundesebene
87 darauf hinwirken, dass die Elternzeit weiter erhöht wird, wenn sie hälftig geteilt
88 wird.

89

90 Frauen sind überproportional von **Altersarmut** betroffen. Die Bayern SPD
91 unterstützt auf Bundesebene die Umsetzung der Forderungen des DGB zur
92 Verbesserung der Rentensituation von Frauen. Neben einer Verbesserung der
93 Einkommenschancen von Frauen fordern wir weiterhin:

94

- 95 • Eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und die dauerhafte Stabi-
96 lisierung des derzeitigen Rentenniveaus
- 97 • Eine angemessene Berücksichtigung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten
98 in der Rentenversicherung
- 99 • Schaffung flexibler Übergänge, die auch unterbrochene Erwerbsbiographien
100 berücksichtigen

101 Gesellschaftlich verankerten **Sexismus** wollen wir aufbrechen und durch landes-
102 weite Aktionen die Auseinandersetzung mit Sexismus, wie er wirkt und zu was
103 er führen kann, anregen, um ihn Schritt für Schritt überwinden zu können. Der
104 öffentliche Raum soll frei sein von sexistischer Werbung. Wir fördern Öffentlich-
105 keitskampagnen gegen Sexismus.

106

107 **Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in jeglicher Form.** Wir setzen
108 uns auch künftig dafür ein, dass Frauen, die in Not geraten sind, Hilfe finden. Jede
109 dritte Frau in Bayern wird in ihrem Leben mindestens einmal Opfer sexualisierter
110 Gewalt.

111

112 Wir fordern hier den Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Hilfe. Frauenhäuser
113 und Frauenberatungsstellen brauchen dafür mehr Personal und eine verlässliche
114 Finanzierung. Die bundesweiten Schritte in diese Richtung begrüßen wir, jetzt
115 muss das Land die Kommunen entsprechend unterstützen.

116

117 Im Schulunterricht werden wir junge Menschen früh über geschlechtsspezifische
118 Diskriminierung und häusliche/sexualisierte Gewalt aufklären und eine Kampa-
119 gne „Nein heißt Nein“ etablieren.

120

121 Darüber hinaus wollen wir ein flächendeckendes Netz von ambulanten Bera-
122 tungsstellen, Frauennotrufen und Fachzentren für Frauen nach sexualisierter

123 Gewalterfahrung. Ebenso braucht es landesweit ein Netz von anonymen und
124 kostenfreien Notschlafplätze für Mädchen und junge Frauen. Die Polizei soll
125 landesweit geschult werden um Anzeigen von Gewalttaten sensibel und rück-
126 sichtlich aufzunehmen und zu bearbeiten. Für Jurist:innen fordern wir eine
127 verpflichtende Weiterbildungen zu Opferschutz, Traumatisierung, Istanbulkon-
128 vention und Veränderungen im Sexualstrafrecht.

129

130 In München werden wir, auf Grundlage der Istanbul-Konvention für die Gleich-
131 stellung von Frauen und Männern mögliche bestehende Lücken beim Ge-
132 waltsschutzes von Mädchen und Frauen schließen. Wir stehen die gesicherte
133 Finanzierung der Sicheren Wiesen und sehen auch die Wiesen-Wirte in der Pflicht,
134 sich daran zu beteiligen. Die Opfer eines sexuellen Übergriffs oder einer Gewalt-
135 tat sollen in mehreren Münchner Krankenhäusern eine eigene, gut auffindbare
136 Anlaufstelle haben, die möglichst 24 Stunden geöffnet ist. Die Notfallambulanz
137 des Instituts für Rechtsmedizin der LMU für weibliche Gewaltopfer soll Frauen
138 kostenfrei offen stehen, auch wenn sie sich nicht sofort für eine Anzeige der Tat
139 entscheiden.

140

141 Wir setzen uns dafür ein, dass jede Frau frei über einen etwaigen **Schwanger-**
142 **schaftsabbruch** entscheiden kann. Dass §219a endlich gestrichen wird, also
143 Informationen, die Ärzt:innen zum Schwangerschaftsabbruch bereit stellen nicht
144 mehr strafbar sind, ist überfällig. Ebenso muss auch Schwangerschaftsabbruch
145 straffrei werden. Seit 150 Jahren wird diese Erfahrung im Leben vieler Menschen,
146 werden vor allem Frauen, kriminalisiert. Das halten wir für falsch - solange
147 Frauen nicht selbst über ihren Körper entscheiden, ist echte Gleichstellung nicht
148 erreicht. Die Kliniken im Einflussbereich des Freistaats und der Kommunen sollen
149 Ärztinnen und Ärzte in der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen
150 schulen und Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Langfristig setzen wir uns
151 dafür ein, dass diese Eingriffe auch kostenfrei sind.

152

153 Die **geschlechtergerechte Gestaltung** von öffentlichen Haushalten (Gender
154 Budgeting) und öffentlichem Raum (Gender Planning) dient der Förderung der
155 Gleichstellung von Männern und Frauen, deshalb werden wir dies in allen Planun-
156 gen Schritt für Schritt umsetzen. Als Einstieg für eine systematische Umsetzung
157 werden wir umgehend Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien realisieren.
158 Im Anschluss werden wir schrittweise in allen Bereichen der Landesverwaltung
159 eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung verwirklichen. Wir
160 machen die Gleichstellung zur Chef:innensache und ziehen die Leitstelle für die
161 Gleichstellung von Frauen und Männern in die Staatskanzlei, wo sie das Handeln
162 der Staatsregierung begleitet und berät. Wir werden uns dafür einsetzen, das
163 europäische Ziel – Gender Budgeting auf allen Ebenen – umzusetzen. Gleichzeitig
164 werden wir darauf hinwirken, dass auch bei Neuplanungen von Siedlungen oder
165 Verkehren die Bedürfnisse von weiblicher Mobilität (kürzere, dafür mehr Wege)

166 mitgeplant werden: Durch kürzere Alltagswege zur Nahversorgung und Schulen,
167 Ärzte und Pflegeeinrichtung, die gut zu Fuß, mit dem Rad oder mit Öffentlichem
168 Verkehr zurückgelegt werden können.

169

170 Wir setzen uns für eine **frauengerechte Gesundheitspolitik** ein, denn bei Frauen
171 weisen Krankheiten häufig andere Symptome auf als bei Männern. Dies bedeu-
172 tet, dass sie in der Prävention und in der Therapie unterschiedliche Angebote
173 brauchen. Frauenkrankheiten, bzw. die geschlechtsspezifischen Symptome
174 verschiedener Erkrankungen, sind weiterhin schlechter erforscht sind als die von
175 Männern.

176

177 Wir wollen echt unterstützende **Geburtshilfe**, in der die Frau im Zentrum steht.
178 Dazu statten wir die Geburtsmedizin mit ausreichend Personal aus und setzen
179 uns für die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen von Hebammen und ge-
180 burtsbegleitendem medizinischen Personal ein. U.a. wollen wir eine Anpassung
181 der Bayerische Berufsordnung für Hebammen und Entbindungspfleger. Rund
182 30% aller Geburten finden per Kaiserschnitt statt. Es können beispielsweise
183 bereits heute vorhandene Ressourcen freigesetzt werden, wenn Hebammen
184 nicht im OP dabei sein müssen, sondern sich auf die vaginalen Entbindungen
185 konzentrieren können. Viele Frauen gehen u.a. aufgrund der Personalknappheit
186 und der schlechten Versorgungslage auf den Geburtsstationen traumatisiert aus
187 dem aktuellen Geburtshilfesystem heraus. Das muss ein Ende haben.

188

189 Die **paritätische Wählbarkeit** von Frauen ist die Voraussetzung für die gerechte
190 Vertretung und

191

192 Durchsetzung von politischen Belangen, deswegen brauchen wir gleichberech-
193 tigte Parlamente für gleichberechtigte Gesetzgebung und gleichberechtigte
194 Gesellschaft. Dafür werden wir Parität im Wahlrecht verankern. Alle sozialde-
195 mokratischen Listen werden wie üblich alternierend mit Frauen und Männern
196 besetzt bis nur noch Kandidat:innen eines Geschlechts vorhanden sind.

197

198